

Küng, Emil

Article — Digitized Version

Funktion und Verantwortung der Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaftsordnung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Küng, Emil (1954) : Funktion und Verantwortung der Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 1, pp. 30-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131842>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Funktion und Verantwortung der Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaftsordnung

Prof. Dr. Emil Küng, St. Gallen

DIE MACHTSTELLUNG

Das Aufkommen der Arbeitnehmerkoalitionen ist historisch vor allem daraus zu erklären, daß im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Zünfte meist auch der Zusammenschluß der unselbständig Erwerbenden zu gemeinsamen Interessenverbänden verboten wurde, daß in dieser Lage sich jedoch der einzelne Arbeitnehmer in seinen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber in einer schwächeren Stellung befand. Bei dieser atomistischen Angebotsstruktur kann nämlich der Arbeitgeber den ihm gutdünkenden Lohnsatz von sich aus festsetzen. Für den einzelnen Arbeitnehmer bleibt dann nur die Alternative, ihn entweder anzunehmen oder auf die Arbeit zu verzichten und sich anderswohin zu wenden. Ein Verzicht auf die Annahme der angebotenen Bedingungen bedeutet für ihn jedoch vielfach auch die Preisgabe eines Einkommens, auf dem seine ganze wirtschaftliche Existenz beruht. Seine Fähigkeit zur zeitweisen Zurückhaltung der eigenen Leistungen vom Markte zwecks Erlangung einer höheren Entschädigung ist um so geringer, als er in der Regel nicht über Vermögensreserven verfügt und als diese Leistungen sich keineswegs aufbewahren oder auf Vorrat produzieren lassen: werden sie nicht in Anspruch genommen und dienen sie mithin nicht der Einkommenserzielung, so sind sie auf immer verloren.

Gewiß kann man darauf hinweisen, daß auch der Arbeitgeber Verluste erleidet und daß sich die Dienste der nicht benützten Kapitalgüter fast ebensowenig aufsparen lassen, weil z. B. die Zinskosten selbst dann auflaufen, wenn die Produktionsanlagen stillliegen. Dennoch aber besteht ein Unterschied mindestens darin, daß die Eigentümer der sachlichen Produktionsmittel meistens viel reichlichere finanzielle Reserven besitzen, so daß sie einen zeitweiligen Ertragsausfall eher auszuhalten imstande sind und daher besser warten können.

Vor allem aber herrscht beim System der Einzeldienstverträge eine Übermacht der Arbeitgeber insofern, als sich für sie nur die Frage stellt, ob sie einen bestimmten zusätzlichen Arbeiter einstellen oder nicht einstellen wollen. Namentlich bei den Großbetrieben macht das jedoch nur einen geringfügigen Unterschied im Gesamtertrag aus, während es für den betreffenden Arbeitnehmer nahezu eine Frage des wirtschaftlichen Seins oder Nichtseins darstellt. Soll eine Machtgleichheit auf den beiden Marktseiten hergestellt werden, so bedarf es deshalb des Zusammenschlusses der isolierten Anbieter und einer Beseitigung der atomistischen Struktur. Sieht sich der Arbeitgeber demzufolge einer Gewerkschaft gegenüber, so handelt es sich für ihn nicht mehr darum, ob ein einzelner Arbeiter auf seine

Bedingungen eingehen will oder nicht, sondern ob seine ganze Belegschaft die Arbeit einstellt oder weiterführt. Eine solche Streikdrohung ist natürlich als Mittel zur Erzielung höherer Löhne ungleich wirksamer, weil die dem Arbeitgeber dann drohenden Verluste sehr viel schwerer ins Gewicht fallen. Insbesondere aber wird durch die Bildung einer gemeinsamen Streikkasse durch die Arbeitnehmer auch ihr grundlegender Positionsnachteil in bezug auf die finanziellen Reserven und die Möglichkeit zum Durchhalten ohne laufendes Erwerbseinkommen entscheidend verbessert und derjenigen des Arbeitgebers angeglichen.

Tatsache ist denn auch, daß die verhandlungstaktische Stellung der Gewerkschaften in den hochindustrialisierten Volkswirtschaften heutzutage derjenigen der Arbeitgeber meistens ebenbürtig und vielfach sogar deutlich überlegen ist. Innerhalb jener Unbestimmtheitszone, die sich in den Auseinandersetzungen eines bilateralen Monopols ergibt, gelingt es ihnen deshalb häufig, diese Spanne zu ihren eigenen Gunsten in Anspruch zu nehmen. Sie sind in der Lage, die Ausbeutung ihrer Mitglieder zu verhindern, und können darüber hinaus oft sogar die anderen Bevölkerungsgruppen in einem gewissen Sinne ausbeuten.

Die günstigsten Voraussetzungen für die Ausnützung der Machtstellung in diesem Sinne sind begreiflicherweise in einer Branche gegeben, wo die Nachfrage nach den Erzeugnissen preisunelastisch ist und wo auch die Nachfrage nach Arbeitskräften auf Lohn erhöhungen hin nur geringfügig oder gar nicht nachläßt. Diese Verhältnisse finden wir etwa dort, wo die Arbeit sich nicht leicht oder gar nicht durch Maschinen ersetzen läßt und wo überdies die Lohnkosten für eine bestimmte Arbeit im Rahmen der Gesamtausgaben nur relativ wenig ausmachen. Gute Aussichten für hohe Lohnforderungen sind sodann auf all jenen Märkten anzutreffen, die der ausländischen Konkurrenz wenig ausgesetzt sind. Im Einklang damit ist denn auch zu beobachten, daß etwa in den USA. die Gewerkschaftspolitik viel radikaler durchgesetzt zu werden pflegt als etwa in der Schweiz, wo man sich der Abhängigkeit vom Absatz auf dem Weltmarkt ungleich stärker bewußt ist und wo auch die Konkurrenz der Importgüter häufig eine wirksame Bremse darstellt. Bei all jenen Zweigen dagegen, wo entweder ein natürlicher Entfernungsschutz besteht — wie im Kleingewerbe und in den Dienstleistungsbetrieben — oder wo die unerwünschte ausländische Konkurrenz durch Maßnahmen zur Importbehinderung ferngehalten werden kann, sehen wir nicht selten eine eigentliche Verschwörung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die darauf gerichtet ist, den Schutz gegenüber dem Ausland zu verstärken, der beiden Gruppen gemeinsam zugute kommt.

Als besonders vorteilhaft erweist sich jedoch eine übertriebene Vollbeschäftigungspolitik, bei der die Gewerkschaften fortgesetzt Lohnerhöhungen durchzusetzen imstande sind, weil auch die Unternehmer die höheren Kosten ohne größere Schwierigkeiten auf die Abnehmer zu überwälzen vermögen. Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Systems ist freilich eine monetäre Ordnung, bei der die Angebotselastizität der Zahlungsmittel groß genug ist, um den ständig wachsenden Geldbedarf zu speisen. Würde nämlich das Kreditvolumen nicht erweitert, so müßte sich der Expansionseffekt, der von den höheren Lohnsummen ausgeht, früher oder später totlaufen. Infolgedessen wird es hier notwendig, daß sich die Machtstellung der Gewerkschaften auch auf die Fiskal- und Kreditpolitik des Staates und der Notenbank erstreckt, daß also z. B. die Unabhängigkeit der Zentralbank aufgehoben wird. Diese Regelung der Dinge treffen wir namentlich in manchen sozialistisch regierten Ländern — mit dem naheliegenden Ergebnis immer wiederholter Preissteigerungen und Geldentwertungen.

Sobald die Arbeitsmärkte in einer Volkswirtschaft annähernd vollständig gewerkschaftlich durchorganisiert sind, besitzen die Lohnbewegungen im allgemeinen eine starke Ausbreitungskraft. Wann immer es in dieser Lage einer wichtigeren Gewerkschaft gelungen ist, eine Aufbesserung zu erzielen, pflegt davon eine Verallgemeinerung auszugehen, die sich vor allem auf das Argument der Gerechtigkeit stützt. Infolgedessen genügt es oft, an gewissen Schlüsselstellungen einen Erfolg zu erreichen, um sicher sein zu können, daß auch die anderen Arbeitnehmergruppen von der dadurch ausgelösten Lohnerhöhungswelle erfaßt werden.

Grundsätzlich wird man heute annehmen dürfen, daß die Gewerkschaften in den meisten Ländern in wirtschaftlich guten Zeiten einen fortwährenden Druck in der Richtung auf höhere Reallöhne ausüben, daß sie aber Lohnkürzungen in ungünstigeren Perioden hartnäckigen Widerstand entgegensetzen. Auf Grund dieser Irreversibilität der Lohnentwicklung sind tatsächlich Lohnsenkungen größeren Ausmaßes in den modernen Industriestaaten nahezu ausgeschlossen, und wir bewegen uns durchaus auf einer Einbahnstraße. Ein wichtiges Element der Flexibilität der früheren Anpassungsprozesse ist damit verlorengegangen.

DIE MACHTMITTEL

Das schlagkräftigste Werkzeug, dessen sich die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen bedienen, ist selbstverständlich die Streikdrohung. Daneben gibt es indessen eine ganze Reihe anderer Methoden, die auf die Dauer ebensogut und mit geringerer Gefahr von Einkommenseinbußen geeignet sind, die eigene Position zu stärken. Zu ihnen gehört insbesondere die mehr oder minder restlose Schließung des eigenen Marktes für neu eindringende Arbeitskräfte. Diese Taktik ist namentlich in den USA. unter dem Namen „closed shop“ bekannt. Ihr Wesen besteht darin, daß eine bestimmte Branche ausschließlich für Gewerkschaftsangehörige reserviert ist, wobei der Zu-

tritt dadurch in prohibitiver Weise erschwert wird, daß unerträglich hohe Eintrittsgebühren verlangt werden. Das kommt im wesentlichen einem obligatorischen Finanzausweis im Bereich der Gewerbepolitik gleich und hat wie dieser die Wirkung, daß die bereits Eingesessenen sich einer besonderen Knappheitsrente erfreuen, die es ihnen gestattet, übermäßig hohe Löhne zu erlangen. Anderswo finden wir Anklänge an dieses Verfahren, wenn im Rahmen der Gesamtarbeitsverträge auch die nicht den Gewerkschaften angeschlossenen Arbeitnehmer zu Solidaritätsbeiträgen und Kauttionen verpflichtet werden, deren Höhe oft restriktiv wirkt und natürlich die zwischenberufliche Beweglichkeit der Arbeiter nachdrücklich herabsetzt.

Eine etwas mildere Form der Abschließung bildet der sogenannte „union shop“. Hier weigert sich zwar die Gewerkschaft nicht prinzipiell, neue Arbeitskräfte zuzulassen, verlangt aber als unabdingbare Voraussetzung für ihre Anstellung die Zugehörigkeit zu ihrer Organisation. Dem entspricht in den Gesamtarbeitsverträgen die Absperrklausel, gemäß der die Arbeitgeber nur „vertragstreue“, d. h. organisierte Arbeitnehmer beschäftigen dürfen. Wird diese Bedingung jedoch mit hohen Eintrittsgebühren verknüpft, so ist offenkundig der Unterschied gegenüber dem zumftmäßigen „closed shop“ nur geringfügig.

Beide Methoden bezwecken selbstverständlich in erster Linie die Verknappung des Arbeitsangebots auf einem bestimmten Markt. Damit stehen sie auf völlig gleicher Ebene wie die Monopolpolitik der Unternehmer, und es rechtfertigt sich daher unter diesem Gesichtspunkt, manche Gewerkschaften zu den Monopolisten zu zählen. Als Mittel zu Erreichung der gesteckten Ziele bedient man sich jedoch häufig auch einer Disziplinierung der Arbeitgeber in dem Sinne, daß diese für die Einhaltung der abgemachten Bestimmungen zu sorgen haben. Sie werden mit anderen Worten gezwungen, dem Preis bzw. „Lohnkartell“ Achtung zu verschaffen und Unterbietungen zu verhindern, die die Gewerkschaft selbst unter ihren zahlreichen Mitgliedern und Nichtmitgliedern nur schwer gänzlich auszuschließen imstande wäre. Mit Hilfe solcher Vereinbarungen soll vor allen Dingen jenen früheren Zuständen ein Ende gesetzt werden, wo ein Arbeitgeber zwar mit einer verhältnismäßig schwachen Gewerkschaft einen Gesamtarbeitsvertrag abschloß, ihn aber gleichwohl praktisch mißachtete, indem er sogenannte „gelbe“ Arbeitskräfte zu niedrigeren Löhnen einstellte, Gewerkschaftsangehörige grundlos entließ und darüber schwarze Listen an die anderen Arbeitgeber derselben Branche weitergab, wodurch verhindert wurde, daß die betreffenden Leute dort wieder Arbeit fanden.

Daß die Gewerkschaften im übrigen im Interesse der Knapphaltung des Arbeitsangebotes die Einwanderung von Berufskollegen möglichst zu unterbinden trachten und zu diesem Zweck auf Fremdenpolizei und Arbeitsmarktbehörden Einfluß zu nehmen versuchen, ist von ihrem gruppenegoistischen Standpunkt aus naheliegend. Daß sie sich auch gegen den Import von Konkurrenzgütern sträuben, die die Beschäftigung zu be-

einträchtigen drohen, läßt sich als Maßnahme zur Wahrung des kurzfristigen eigenen Vorteils ebenso verstehen wie die gleichgerichteten protektionistischen Bestrebungen der Unternehmer.

DIE ZIELE

Über die dem Verhalten der Gewerkschaften zugrunde liegenden Absichten ist schon sehr viel geschrieben worden. Insbesondere hat man versucht, allgemeingültige Modelle darüber zu entwickeln, wie die Gewerkschaftsleitungen versuchen, etwa das Gesamteinkommen ihrer Mitglieder zu maximieren, und zu diesem Zweck möglicherweise sogar eine gewisse Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Andere Autoren vertreten die Auffassung, daß die Arbeitnehmervertretungen bestrebt seien, den höchstmöglichen Durchschnittslohn zu erreichen.

Vielleicht kommt man aber der Wahrheit am nächsten, wenn man überhaupt keine derartige Maximierungshypothese aufstellt und den Gewerkschaften nicht ein allzu ausgeklügeltes Verhalten zuschreibt, sondern lediglich annimmt, sie seien — auf rein wirtschaftlicher Ebene — darauf aus, höhere Reallöhne durchzusetzen. In der Tat ist es unwahrscheinlich, daß die Arbeiterkoalitionen aus Prinzip Löhne anstreben, die mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten gekoppelt sind oder auf die „Tragfähigkeit der Unternehmungen“ abstellen. Viel einleuchtender erscheint es demgegenüber vorzusetzen, daß sie einfach „mehr“ haben wollen und daß sie das im Rahmen des Möglichen auch durchsetzen, wenn sie die Gelegenheit dazu haben.

Hierbei haben wir uns freilich einzugestehen, daß es auch Gewerkschaften gibt, deren Ziel der Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist und an deren Verhalten demgemäß auch keine ökonomisch-rationalen Maßstäbe angelegt werden können. Ferner müssen wir uns darüber klar sein, daß jede Organisation zunächst einmal eine Beharrungstendenz entwickelt und daß daher namentlich am Anfang die bloße Selbsterhaltung und Selbstbehauptung im Vordergrund ihrer Tätigkeit stehen wird. Dieser Wille zur Macht, zu Ansehen und Einflußnahme wird sie veranlassen, der Werbung möglichst zahlreicher Mitglieder vielleicht eine größere Aufmerksamkeit zu schenken als der Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Im übrigen aber dürfte sich über die Zielsetzungen der Gewerkschaften nicht sehr viel Allgemeingültiges aussagen lassen. Denn auch innerhalb dieser sozialen Gruppen sind meist verschiedene Strömungen am Werk. So wird man gewöhnlich zwischen einem radikaleren und einem gemäßigeren Flügel zu unterscheiden haben. Und die Führungskraft der obersten Organe besteht nicht zuletzt darin, die widerstrebenden Ansprüche und Willensrichtungen dieser beiden Untergruppen durch Kompromisse miteinander in Einklang zu bringen. Gerade diese Aufgabe fällt nicht immer leicht. In den Augen der Gewerkschaftsangehörigen besteht wohl der eindeutigste Beweis für die Tüchtigkeit eines Funktionärs darin, daß er stets von neuem günstigere Verhandlungsergebnisse nach Hause bringt. Will sich der Gewerkschaftsvertreter daher an der

Macht halten und nicht durch radikalere Elemente überflügelt und verdrängt werden, so sieht er sich wohl oder übel gezwungen, seinen Verhandlungspartnern immer wieder Konzessionen abzurufen, auch wenn er vielleicht persönlich der Auffassung sein sollte, daß es sich dabei um Pyrrhussiege handle.

Wir sehen daher, daß die Gewerkschaftsleitungen selbst entgegengesetzten Einflüssen ausgesetzt sind. Sind sie neu an die Macht gekommen, so werden sie geneigt sein, die ihren Anhängern gegebenen Versprechungen zu erfüllen, auch wenn sich herausstellen sollte, daß davon unerwünschte Rückwirkungen ausgehen. Handelt es sich dagegen um alte und bewährte Kämpen, so wird sich der „Zeithorizont“ erweitert haben, den sie ihren Aktionen zugrunde legen, und sie werden nicht eine kurzfristige Politik treiben, sondern den Fernwirkungen Beachtung schenken. Der grundsätzliche Widerstreit zwischen einer mehr staatsmännischen Haltung und einer Interessenpolitik im engeren Sinne aber wird infolge des Druckes der weniger Orientierten und Einsichtigen ständig erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhang macht sich in der Regel auch ein Unterschied geltend zwischen Gewerkschaften, die hochqualifizierte Facharbeiter umfassen, und anderen, in denen die Angelernten oder Ungelernten einen größeren Prozentsatz der Mitglieder ausmachen. Typisch für den ersten Fall sind in der Schweiz etwa die Typographen oder die Metall- und Uhrenarbeiter, die beide über alte und hochangesehene Vertretungskörperschaften verfügen. Hier hat sich eine eigentliche Arbeitsaristokratie mit ihrem eigenen Ehrenkodex, ihrer Tradition und ihrem Standesbewußtsein herausgebildet. Es wäre gewiß verfehlt, von derartigen Gewerkschaften zu erwarten, daß sie bei der Wahrung ihrer Vorteile etwa nachgiebiger wären. Wohl aber steht fest, daß hier die innere Kohäsion und Disziplin ungleich stärker ausgeprägt ist als etwa bei den Textil- und Fabrikarbeitern oder den Bau- und Holzarbeitern, für die das gemeinsame Berufsethos als gruppenbildende Kraft bei weitem nicht dieselbe Bedeutung besitzt.

Ein weiterer Zwiespalt, der die Zielsetzungen der Gewerkschaften so uneinheitlich erscheinen läßt, besteht zwischen einer bejahenden und einer verneinenden Einstellung zur Produktions- und Leistungssteigerung. Arbeiter, denen noch die Erfahrungen einer früheren Konjunkturdepression mit lang andauernder Massenarbeitslosigkeit gegenwärtig sind, werden häufig von der Vorstellung ausgehen, daß das vorhandene Arbeitsquantum eine gegebene Größe sei, die es möglichst klug zu verteilen gelte und die möglichst lange vorhalten müsse. Infolgedessen werden sie alle Fremden auszuschließen trachten, gegen arbeitssparende Maschinen Widerstand leisten, die Zuständigkeiten genau auf die verschiedenen Facharbeiterkategorien aufzuteilen suchen, vielleicht bewußt langsam arbeiten usw. Diese Depressionsmentalität führt daher leicht zu einem System, das sich von den mittelalterlichen Zunftordnungen nur wenig unterscheidet. Beispielphaft dafür

ist etwa, daß es der Gewerkschaft der Zimmerleute in den USA, gelang, hier und dort eine Regelung zu erreichen, bei der „alle Arbeiten an Holz oder Ersatzprodukten für Holz oder alle Arbeiten, bei denen Werkzeuge von Zimmerleuten Verwendung finden“, nur durch ihre Angehörigen ausgeführt werden dürfen. Natürlich gibt es auch andere Arbeitnehmerverbände, die weniger egozentrisch denken und die der Marktwirtschaft als einem evolutorischen Prozeß zutrauen, daß sie auch in Zukunft für Beschäftigung sorgen wird. Hier wird an die Stelle der restriktiven eine positive Haltung treten, die sich oft vereinigt mit dem Willen zur Leistungs- und Produktivitätssteigerung. Die freiheitliche Ordnung wird hier nicht abgelehnt, sondern im Gegenteil unterstützt — aus der Einsicht heraus, daß sie für die Arbeiterschaft mit einem Maximum an materiellen und immateriellen Vorteilen verbunden sei. Dementsprechend ist man in diesen Kreisen auch eher bereit, die Berechtigung von Unternehmergewinnen und Einkommensunterschieden anzuerkennen. Da die Arbeitgeber nun nicht so sehr als unerbittliche Klassenfeinde und Ausbeuter betrachtet werden, sondern als Partner am gemeinsamen Werk, sind die Gewerkschaften oft nachdrücklich darauf bedacht, zu einer Verbesserung der Geschäftsergebnisse beizutragen, um auf diese Weise natürlich auch für die Belegschaft höhere Entschädigungen zu bekommen.

DIE MISSBRÄUCHE

Wenn man vielleicht auch nicht so weit gehen darf wie Jacob Burckhardt, der die Macht an sich als böse erklärte, so ist es doch offenkundig, daß jede Machtstellung auch zum Machtmißbrauch verlockt, wenn keine zureichenden Gegengewichte vorhanden sind. Daß dies im Falle der Streiks zutrifft, haben uns die Erfahrungen in den USA., in England, Frankreich, Italien und anderswo seit 1945 zur Genüge gelehrt. In der Tat ist hier die Rücksichtnahme auf die übrige Bevölkerung, auf die Zahlungsbilanzlage des Landes, auf die Notwendigkeit zur Produktionssteigerung, auf die Fernwirkungen in den vorgelagerten oder nachgeordneten Produktionsstufen manchmal völlig überschattet durch den brutalen Eigennutz. Besonders ungerechtfertigt erscheinen dem neutralen Beobachter die Streiks dort, wo sie wegen geringfügiger Streitpunkte vom Zaun gebrochen werden und nichtsdestoweniger das Gesamtinteresse auf das empfindlichste schädigen. Vom Standpunkt der Allgemeinheit erscheint der Widerstand gegen den technischen und organisatorischen Fortschritt, der hier und da als Maxime der Gewerkschaftspolitik festzustellen ist, fast ebenso nachteilig. Beispiele dafür sind namentlich aus der amerikanischen Praxis bekannt. So widersetzten sich die Maler in zahlreichen Städten mit Erfolg der Verwendung von Farbspritzvorrichtungen. Die Zimmerleute wußten es zu verhindern, daß bestimmte Holzarbeiten in den Sägereien vorgenommen werden durften. Nicht selten wurden weiterhin Lohnsätze für gelehrte Arbeiter verlangt, auch wenn die Arbeit nunmehr von ungelerten Kräften durchgeführt werden konnte. Besonders aufschlußreich war in diesem Zu-

sammenhang der Übergang von den Dampflokomotiven auf Diesellokomotiven. Hier erreichten die Arbeitnehmerverbände, daß auch diese moderneren Triebfahrzeuge einen Heizer haben mußten, obgleich für ihn nichts mehr zu tun blieb. Als Grammophon und Radio aufkamen, führte das naturgemäß zu einem Rückgang der Nachfrage nach Orchestermusik. Unter Anwendung unerhörter Druckmittel gelang es jedoch dem Sekretär der amerikanischen Musikergewerkschaft, die Zahl der Musiker unverändert zu erhalten; bei der Benutzung von Grammophonplatten im Radio muß der Gewerkschaft eine Entschädigung für den „Verdienstaufschlag“ gezahlt werden. Um das Monopol für die Konzerte aufrechtzuerhalten und Unterbietungen durch ausländische Musiker auszuschalten, dürfen diese nur zu den von der Gewerkschaft vorgeschriebenen Bedingungen auftreten.

In der Schweiz sind als Äußerungen der Fortschrittsfeindlichkeit hauptsächlich die Kämpfe gegen die Verwendung der Baggermaschinen bekannt. Gerade an Hand dieses Falles — der übrigens meist nur in Zeiten der Arbeitslosigkeit im Tiefbau aktuell wurde — läßt sich freilich zeigen, daß es übereilt wäre, jeden technischen Fortschritt schlechthin als gesamtwirtschaftlichen Vorteil zu betrachten. Einzelinteresse und Allgemeinwohl können hier vielmehr durchaus auseinanderklaffen. Wenn eine private Firma vor der Frage steht, eine neue Produktionsmethode anzuwenden, durch die Arbeiter freigesetzt werden, so wird sie im allgemeinen lediglich darauf achten, ob ihr das in Aussicht genomene Verfahren Kostenvorteile einbringt oder nicht. Sie wird sich dagegen weniger um das Schicksal derjenigen kümmern, die allenfalls auf die Straße geworfen werden. Die Gesamtheit kann sich daran jedoch keineswegs desinteressieren. Sie hat stattdessen mindestens einen Teil der Arbeitslosenunterstützungen aufzubringen. Sie hat darüber hinaus möglicherweise Umschulungs- und Umsiedlungskosten auf sich zu nehmen, wenn die brotlos gewordenen Arbeitnehmer nicht von sich aus und innerhalb nützlicher Frist eine neue Anstellung finden. Selbst wenn indessen eine solche Wiedereingliederung verhältnismäßig reibungslos möglich ist, so haben doch die betroffenen Arbeiter vielleicht ein Wertloswerden ihrer bisherigen Arbeitsqualifikationen und entsprechend niedrigere Entschädigungen in Kauf zu nehmen.

Auch wenn wir die Dinge daher rein ökonomisch analysieren und alle sonstigen Nachteile der Entwurzelung außer Betracht lassen, so zeigt sich unzweifelhaft, daß die privatwirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Kosten des ganzen Vorgangs voneinander abweichen. Und da wir uns für ein Gesamturteil über die Wünschbarkeit der Einführung des Fortschritts nicht auf die einzelbetrieblichen Kosteneinsparungen verlassen dürfen, sondern die Umstellungsfolgen in ihrer Totalität ins Auge zu fassen haben, ergibt sich, daß eine Produktivitätssteigerung unter Umständen trotz ihrer privatwirtschaftlichen Rentabilität von einem übergeordneten Standpunkt aus nachteilig sein mag. Das kann insbesondere dort zutreffen, wo die

Freisetzung der Arbeitskräfte zu rasch oder in zu weitgehendem Maße erfolgt oder wo keine Gelegenheit zu ihrer Wiedereinschaltung besteht, so daß eine Dauerarbeitslosigkeit erwächst.

Danach erweist sich die Einsparung eines arbeitssparenden Fortschritts nur dann als begründet, wenn die Kostensenkung so weit geht, daß die Unternehmer imstande wären, auch die erwachsenden gesellschaftlichen Kosten zu übernehmen, also für den Unterhalt oder die Wiedereingliederung der freigesetzten menschlichen Produktivkräfte zu sorgen. Ist das nicht der Fall, so wird zwar der den Fortschritt ausnützende Unternehmer vielleicht höhere Gewinne erzielen oder der Abnehmer des Erzeugnisses in den Genuß niedrigerer Preise kommen — die Lasten der Anpassung dagegen werden einseitig den betroffenen Arbeitnehmern und vielleicht mittelbar dem Steuerzahler aufgebürdet. Wenn die Gewerkschaften deshalb gegenüber arbeitssparenden neuen Produktionsmethoden namentlich in Zeiten der Depression kritisch eingestellt sind, so ist ihnen das an sich nicht zu verdenken. Nur wird man jeden einzelnen Fall für sich zu untersuchen haben. Und insbesondere darf man nicht übersehen, daß die Umstellungsfolgen einmalig, die Vorteile der gesteigerten Produktivität hingegen dauerhafter Natur sind.

Im übrigen liegt es nahe anzunehmen, daß die Mißbräuche der Gewerkschaftsmacht vor allem darin bestehen, daß den Arbeitgebern überhöhte Arbeitskosten auferlegt werden, wobei hier sowohl die eigentlichen Lohnsätze als auch die „Nebenkosten“, insbesondere die Sozialleistungen in Betracht zu ziehen sind. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen übermäßigen Arbeitskosten in einzelnen Branchen und in der gesamten Volkswirtschaft.

Untersuchen wir zunächst den ersten Fall, so ist klar, daß durch eine derartige Störung des Preis- und Kostengefüges Arbeitslosigkeit verursacht werden kann. Allerdings braucht diese Folge nicht auf kurze Frist in Erscheinung zu treten, weil die Anpassung der Unternehmer Zeit erfordert. Auf die Dauer wird sich jedoch zwangsläufig eine Umstellung auf kapitalintensivere Produktionsmethoden vollziehen. Im Zusammenhang mit den höheren Gestehungskosten und Verkaufspreisen wird auch ein Rückgang der absetzbaren Produktionsmengen zu verzeichnen sein, durch den bisherige Grenzproduzenten zum Ausscheiden gezwungen werden. Da diese Ergebnisse erst nach längerer Zeit auftreten werden, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Gewerkschaftsleitungen die Ursachen keineswegs dort suchen, wo sie wirklich liegen, sondern triumphierend darauf hinweisen, daß die Arbeitskostenerhöhung in den ersten Monaten und vielleicht Jahren keine Beschäftigungsschrumpfung ausgelöst habe.

Richten sich die Lohnforderungen nach der Gewinnhöhe der Unternehmungen, so lassen sich zwar vielleicht Konkurse vermeiden, Nichtsdestoweniger bleiben Rückwirkungen auf das Investitionsvolumen unausweichlich. Denn die Reinerträge in einer solchen Branche werden daraufhin stets unsicher sein, da wohl

die Gewinne teilweise von den Belegschaften in Anspruch genommen werden, die Beteiligung am Verlust dagegen von den Arbeitnehmern abgelehnt wird. Auf diese Weise kann es dazu kommen, daß der Steuerungsmechanismus der Marktwirtschaft zu versagen beginnt, sobald die Gewinnzunahmen ständig durch Lohnerhöhungen absorbiert werden. Denn unter diesen Umständen werden die menschlichen und sachlichen Produktionsmittel einer Volkswirtschaft nicht mehr automatisch dorthin geleitet, wo sie den höchsten Ertrag erzielen. Stattdessen bleiben Produktionszweige in ihrer Entwicklung stationär, die sich ohne diese Auflage weiter ausgedehnt hätten. Infolgedessen kann es auch vorkommen, daß die Arbeitslosigkeit gar nicht in diesen Erwerbszweigen zutage treten wird, sondern sich in anderen Produktionseinrichtungen äußert, die einem unaufhaltsamen strukturellen Niedergang ausgesetzt sind, deren Arbeitskräfte nun aber keine Gelegenheit zur Abwanderung in andere und an sich expansionsfähige Branchen haben. Das Resultat mag dann darin bestehen, daß infolge der Wirksamkeit der mächtigen Gewerkschaften die bereits hohen Löhne an den einen Stellen noch höher werden, während gerade durch die gleichzeitig hervorgerufene Erschwerung des Zugangs und die Verdrängung der neu zuwachsenden Arbeitskräfte auf die schlechter bezahlten Beschäftigten die Arbeitseinkommen dort noch stärker gesenkt werden.

Sobald die gewerkschaftlich überhöhten Arbeitskosten sich jedoch nicht nur auf einzelne Zweige, sondern auf einen großen Teil der Gesamtwirtschaft erstrecken — und damit kommen wir zum zweiten Fall —, gehören freilich auch noch andere Kategorien der Bevölkerung zu den Leidtragenden.

Es liegt auf der Hand, daß durch diese Sicherung oder Vergrößerung des eigenen absoluten Anteils am geschrumpften Kuchen die Preise in die Höhe getrieben werden. Wenn diese Politik nicht durch eine restriktive Kredit- und Fiskalpolitik durchkreuzt und mit Arbeitslosigkeit bestraft wird, ist es offenkundig, daß alle diejenigen in ihrer Güterversorgung um so stärker geschmälert werden, die ihr Nominaleinkommen dem Inflationsprozeß nicht anzupassen vermögen. Dazu zählen in erster Linie die Kapital- und Sozialrentner, die Versicherten, die Hauseigentümer und alle Sparer. Sie sehen durch die Ungerechtigkeiten, die mit dem Walten einer blind wütenden Inflation verbunden sind, ihre gerechten Ansprüche auf das Produktionsergebnis der Gesamtwirtschaft gekürzt. Da die Gewerkschaften unter den heutigen Verhältnissen zu den kräftigsten Machtgruppen zählen und da andererseits die Bezieher nominell festgelegter oder schwer modifizierbarer Einkommen gewöhnlich des Zusammenschlusses und der Möglichkeit zu einem erfolgreichen Gegendruck ermangeln, ist der Ausgang der Auseinandersetzung um den Verteilungsschlüssel in der Regel von vornherein besiegelt. Er besteht in einer Ausbeutung der Schwäche der Unorganisierten. Daß darunter auf die Dauer die freiwillige Spartätigkeit leiden muß, dürfte freilich klar sein. Da jedoch

die Bildung umfangreicher Realkapitalien zu den unabweisbaren Aufgaben einer fortschreitenden Wirtschaft gehört, drängt sich der Übergang zum Zwangssparen in der einen oder anderen Form geradezu auf. Niemand vermag indessen dieses Zwangssparen wirksamer durchzuführen als ein totalitärer Staat. In der Tat ist eine soziologische Entwicklung, nach der durch die Übertreibungen des Gewerkschaftsfeudalismus ausgebluteter Mittelstand sich schließlich den politischen Extremen verschreibt und irgendeine Zwangsordnung willkommener heißt als die dauernde offene und versteckte Inflation und den ständigen Mißbrauch des Streikrechts, nicht als utopische Annahme abzutun. Je mehr daher heute die Gewerkschaften zur dominierenden Machtgruppe geworden sind, gegen deren Aktionen vorläufig ebenbürtige Gegengewichte und Bremsen fehlen, desto mehr werden sich auch die Gewerkschaftsleitungen ihrer unvergleichlichen Verantwortung gegenüber dem Volksganzen bewußt werden müssen.

DIE POSITIVEN SEITEN

So paradox es klingen mag, so steht doch fest, daß das Aufkommen der Gewerkschaften für die Arbeitgeber nicht nur Einbußen, sondern auch gewisse Vorteile mit sich gebracht hat. Hierbei ist nicht nur an jene amerikanischen Gewerkschaften zu denken, die bei Kostensenkungen in den Betrieben mit Rat und Tat mitwirken und diese oft sogar erzwingen. Es handelt sich auch nicht bloß darum, daß durch die Vereinigung des wirtschaftlichen und politischen Gewichts der Unternehmer und Arbeiter einer Branche deren Interessenwahrung erleichtert wird.

Vielmehr ist außerdem vor allem daran zu erinnern, daß erst der organisatorische Zusammenschluß der Belegschaften repräsentative und verantwortliche Verhandlungspartner schuf, mit denen verbindliche Abmachungen eingegangen werden können. Erst dadurch wird es möglich, sich gegen das Aufflackern wilder Streiks zu sichern, indem in Gesamtarbeitsverträgen die Friedenspflicht stipuliert wird. Nur indem die Arbeitnehmerkoalitionen selbst für eine gewisse Disziplin in ihren Reihen sorgen, können sie es auch auf sich nehmen, für die Einhaltung abgeschlossener Verpflichtungen zu bürgen und unüberlegte, stimmungsbedingte momentane Reaktionen am Ausbruch zu verhindern. Selbst dort, wo die Gewerkschaften bisher nur schwach oder gar nicht vertreten sind, trägt die Drohung ihres Aufkommens schon dazu bei, die Arbeitgeber zu einem Verhalten zu veranlassen, das der Arbeits- und Betriebsatmosphäre förderlich ist und das auf diese Weise mittelbar die Ergiebigkeit der Leistungen steigert.

Für die Gesamtwirtschaft andererseits hat eine verantwortungsbewußte Einstellung der Gewerkschaften häufig auch zur Folge, daß die Löhne in Perioden der Überbeschäftigung weniger rasch steigen, als das sonst der Fall wäre, weil sie durch Gesamtarbeitsverträge langfristig gebunden sind. Gewiß verhindert das nicht, daß auch Lohnsätze bezahlt werden, die

über den vertraglich festgelegten Mindestsätzen liegen. Solche individuellen Vereinbarungen lassen sich aber in Zeiten rückläufiger Konjunktur auch wieder aufheben, ohne daß es deswegen zu Revolten kommt. Eine geringe Flexibilität nach unten bleibt somit in diesen Fällen gewahrt.

Wenn sodann die Tätigkeit der Gewerkschaften sich auch darauf erstreckt, die Fachausbildung ihrer Mitglieder zu unterstützen, die Moral in den Betrieben zu verbessern und in loyalem Geiste an der Hebung der Produktivität mitzuarbeiten, so können daraus auch für die Konsumenten Vorteile in Gestalt niedrigerer Preise erwachsen. Allerdings kommt es hier sehr darauf an, ob die Arbeitnehmer einer Branche bestrebt sind, die Früchte irgendwelcher Fortschritte in Form von Lohnaufbesserungen für sich zu beanspruchen, oder ob sie bereit sind, einen Teil davon wirklich den Verbrauchern zukommen zu lassen. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß beim Vorliegen von Nachfragemonopolen auf der Arbeitgeberseite die Bildung eines Angebotsmonopols durch die Gewerkschaften und die Ausnutzung der dadurch herbeigeführten stärkeren marktstrategischen Stellung sowohl die Erzielung höherer Löhne zuläßt als auch eine Mehrbeschäftigung gestattet, sofern die Forderungen nicht übertrieben werden.

Daß die Gewerkschaften für ihre Mitglieder von Nutzen sind, braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden. Charakteristischerweise denkt man dabei in unserer Zeit vor allen Dingen an die materiellen Vorteile, die aus dem Zusammenschluß zu einer verhandlungsfähigen Machtgruppe resultieren. Hier sollen jedoch darüber hinaus auch die außerökonomischen positiven Aspekte gewürdigt werden, die das Gewerkschaftswesen mit sich zu bringen imstande ist.

Dazu gehört nun in erster Linie der Umstand, daß die Gewerkschaften als Verkörperungen der Gruppen-solidarität dem einzelnen einen viel größeren Schutz gegen Ungerechtigkeiten zu bieten vermögen, als wenn er auf sich allein angewiesen wäre. Durch die Anlegung von Streikkassen und die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen wird sodann jenes lähmende Gefühl des wehrlosen Ausgeliefertseins an die brutalen Kräfte der modernen Marktwirtschaft einigermaßen gemildert, das den Proletarier unserer Tage nur zu leicht befallen mag. In der Tat schafft die Anlehnung an eine machtvolle Gruppe wirtschaftlich und gesellschaftlich Gleichgestellter eine erhöhte Existenzsicherung und ist deshalb in ausgeprägtem Maße berufen, jenen Verlust an natürlichen Gemeinschaften teilweise zu kompensieren, der unsere Epoche von der des Mittelalters so scharf und zu ihrem Nachteil unterscheidet. Sie ist berufen, für die wurzellos gewordenen unselbständig Erwerbenden eine psychologisch überaus notwendige neue Verankerung in einem Kreise gleichgesinnter Schicksalsgenossen zu bieten und dadurch jenes kollektive Minderwertigkeitsgefühl weniger gefährlich werden zu lassen, das die Angehörigen des vierten Standes so häufig kennzeichnet.

Bei der Beurteilung dieser entscheidenden Funktion der Gewerkschaften dürfen wir niemals übersehen, daß die Aufklärung und mit ihr das Maschinen- und Massenzeitalter zwar der Vernunft freie Bahn gebrochen und zahlreiche lästige Fesseln abgeworfen hat, daß gleichzeitig damit aber auch lebensnotwendige soziologische Bindungen über Bord gegangen sind und daß dadurch ein bedrohliches Vakuum entstanden ist, das der Auffüllung bedarf, wenn nicht explosive Reaktionen die Folge sein sollen.

Indem nun die Gewerkschaften als neue Gruppenbindungen diese Einbettung der wurzellos gewordenen Arbeitnehmer in eine Berufsorganisation und Gesellschaftsklasse vollzogen, indem sie Gelegenheiten zur offenen statt zur geheimen Äußerung der Unzufriedenheit schufen, indem sie zur Mitwirkung an einer demokratischen Form der Willensbildung aufriefen und einen kollektiven Rückhalt gegenüber den unpersönlichen Mächten des Marktmechanismus bildeten, verliehen sie dem Arbeiter auch wieder ein Gefühl von Eigenwert und Würde. Der selbstverständliche Geltungsanspruch des vierten Standes konnte auf diese Weise in fruchtbare Bahnen gelenkt werden, statt sich — wie z. B. in Rußland — in einem Umsturz alles Bestehenden zu entladen.

Nur so war es überhaupt möglich, den unvermeidlichen Aufstand der Massen, der seit der industriellen Revolution einsetzte und durch die seitherige riesige Bevölkerungsvermehrung genährt wurde, zu kanalisieren, die Proletarier zur Mitarbeit an einer allmählichen Reform und Evolution der Wirtschafts- und Sozialordnung heranzuziehen und aus den Arbeitnehmern ein staatsersetzendes Element zu machen. Indem die Gewerkschaften durch Studienzirkel und

Diskussionsgruppen, durch Stellenvermittlung und kostenlosen Rechtsdienst, durch staatsbürgerliche Erziehung und Aufklärung über die Lage der Betriebe und der gesamten Volkswirtschaft angingen, bei ihren Angehörigen ein Verantwortungsgefühl für das Ganze zu wecken, wurden sie zu einem der wichtigsten Ordnungsträger in der heutigen Industriegesellschaft.

Wenn es gestützt darauf da und dort gelungen ist, auch die menschlichen Beziehungen zu den Arbeitgebern zu verbessern, so ist das gewiß nicht nur und nicht einmal in erster Linie unter wirtschaftlichem Blickwinkel und als Mittel zur Steigerung der Produktivität zu betrachten. Der Mensch ist ja nicht nur Konsument und als solcher an einem hohen Realeinkommen interessiert. Den weitaus überwiegenden Teil seiner Zeit verbringt er vielmehr an seinem Arbeitsplatz. Infolgedessen kann ihm keineswegs ausschließlich dadurch geholfen werden, daß man seine materielle Lebenshaltung fortgesetzt erhöht und ihn in seiner Eigenschaft als Verbraucher immer besser stellt. Mindestens ebenso wichtig ist vielmehr, daß er auch in seiner Funktion als Produzent nicht mit Überdruß, sondern mit Freude und Befriedigung seine tägliche Arbeit verrichtet. Insbesondere aber kommt es darauf an, daß er auch als Mensch, als Familienmitglied, Berufsmann und Staatsbürger den ihm zukommenden Platz in der Gesellschaft ohne verzehrende Neid- und Haßgefühle, mit innerer Zufriedenheit ausfüllt. Wenn die Gewerkschaften ehrlich dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen, dann wird diese ihre außerwirtschaftliche Aufgabe ungleich bedeutungsvoller sein als die Erämpfung eines größeren Anteils am Sozialprodukt.

Summary: Function and Responsibility of Trade Unions in Our Present Economic Order. By the formation of trade unions, the atomistic structure of supply on the labour market has been overcome, and where on a particular market labour is sufficiently organized the trade unions' bargaining position is about as strong today as is that of the employers. The possibilities for making full use of this position of power vary according to the price elasticity of each particular trade and according to the level of employment. Correspondingly, strikes are not the only trade union weapon; another one is to keep the supply of labour small by artificial means (closed or union shop). The author investigates the aims of trade union policy, chiefly from the national economic aspect, then describes the abuses to which the trade unions' power is put at times, and finally analyses the positive factors of the trade union movement, not least its positive effects on our social order.

Résumé: République Fédérale: Fonctions et responsabilités des associations syndicales dans le système économique. La création d'associations syndicales a servi à renverser l'ordre atomiste du marché du travail en tant que basé uniquement sur le principe de l'offre et demande. A condition d'une organisation progressive du marché la position des associations, dans le domaine des négociations, est presque aussi forte que celle des employeurs. Le degré de profit que peuvent tirer les syndicats de leur position consolidée varie selon l'élasticité et les fluctuations des prix d'une branche économique donnée ainsi que selon la situation de l'emploi. D'autre part les associations syndicales peuvent se servir de leurs moyens de pression, i. e. menace de grève et restriction artificielle de la main-d'oeuvre. En analysant les buts de la politique syndicaliste du point de vue de l'économie nationale l'auteur montre qu'il arrive aux associations syndicales d'abuser de leur pouvoir; mais il fait ressortir aussi les aspects positifs du syndicalisme, surtout sa portée efficace sur le développement de l'ordre social.

Resumen: Función y responsabilidad de los sindicatos dentro del orden económico de hoy. Por la formación de los sindicatos la atómica estructura de oferta de la oficina de colocación obrera ha sido vencida, y con la correspondiente organización del mercado, la capacidad de los sindicatos para negociar es hoy casi igual a la de las asociaciones de patronos. Las bases en las cuales se podrían utilizar esta situación de poder oscilan según la elasticidad de precio del respectivo ramo de economía y según la situación de ocupación. Conforme a eso los sindicatos no solamente emplean como medio de poder la amenaza de huelga sino también una artificial escasez de la mano de obra ofrecida. El autor examina los objetivos de la política sindical, principalmente a lo que a la economía política se refiere, describe los abusos del poder sindical, y por último señala los aspectos positivos del movimiento sindical y también las influencias positivas en la formación del orden social.